

Mit den Botschaftsbesetzungen in Budapest, Prag und später auch Warschau und der daraus resultierenden Massenflucht war die Existenz der entstandenen Widersprüche endgültig ins volle Bewußtsein der nationalen und internationalen Öffentlichkeit gerückt. Vor aller Augen wurde sichtbar, wie wenig die von der Parteiführung unter Erich Honecker noch immer verfochtene These von der politisch stabilen und ökonomisch dynamischen Entwicklung in der DDR den Tatsachen des Lebens standhalten konnte.

Die Führung zog jedoch noch immer nicht die notwendigen Schlußfolgerungen aus der politischen Krise im Lande. Die entstandene Lage wurde in erster Linie auf äußere Ursachen zurückgeführt, das heißt den NATO-Plänen und den Westmedien allein angelastet. Die von humanistischer Verantwortung für die Bürger und das Land bestimmten Bemühungen der Kirche wurden mißachtet.

Generell muß eingeschätzt werden, daß die gesamte Parteiführung – einschließlich derer, die später die Wende in der Führung der Partei vollzogen – nicht auf den offenen Ausbruch der Konflikte und noch weniger auf die neuen Fragen der Gesellschaft vorbereitet waren. So sehr einzelne Mitglieder und Kandidaten des Politbüros und auch Mitglieder des ZK für sich in Anspruch nehmen können, in einzelnen Bereichen gewisse Alternativvorstellungen entwickelt und in die Diskussion eingebracht zu haben, so offen muß auch eingestanden werden, daß niemand in der Lage war, aus den alten Denkschemata grundsätzlich auszubrechen.

Mit jedem Ansatz zur Kritik an der Führung des damaligen Generalsekretärs dem Verdacht ausgesetzt, die Gesamtpolitik der Partei anzugreifen und die Autorität Erich Honeckers untergraben zu wollen, brachte niemand den Mut auf, aus seinem inneren Widerspruch gegenüber dem zunehmenden absoluten Herrschaftsanspruch Erich Honeckers und Günter Mittag die persönlichen Konsequenzen zu ziehen und aus der Parteiführung auszuschneiden.

Die mit der Politik des VIII. Parteitages eingetretenen Anfangserfolge und Ergebnisse für die Bevölkerung hatten zu einer Dominanz der Genossen Honecker und Mittag und des Medienverantwortlichen Joachim Herrmann geführt. Die Schuldfrage jedoch allein mit diesen Namen zu verbinden, würde der Wahrheit nicht gerecht. Tatsache ist, daß die Mitglieder des Politbüros und des Zentralkomitees in ihrer Gesamtheit gegen das damals geltende Parteistatut verstießen.

Durch die Dominanz einzelner Genossen und die Inkonsequenz der anderen war das Politbüro seit längerem kein kollektives Führungsorgan mehr. Kritik wurde durch vorherige Absprache von Vorlagen mit dem Generalsekretär beinahe ausgeschlossen und Selbstkritik fand nur statt, um die unfehlbare Autorität des Generalsekretärs zu bestätigen. Die Folge dieses Zustandes waren zunehmende subjektivistische Entscheidungen, falsche Lageeinschätzungen und Ignoranz gegenüber den Realitäten.

Erich Honecker, der durch seinen aktiven antifaschistischen Widerstand und seine Zuchthausstrafen unter dem Faschismus weit über die Grenzen der DDR hinaus hohes Ansehen besaß und sich große Verdienste beim Durchbrechen der diplomatischen Blockade gegenüber der DDR und für den europäischen Ent-